

Tourismus neu denken

Fünf Grad – so hoch schätzt die Wissenschaft den Temperaturanstieg in Graubünden bis 2085 ein, wenn es mit dem globalen Klimaschutz nicht klappen sollte. «Man kann es sich umgekehrt auch so vorstellen: Als es noch fünf Grad kälter war als heute, waren wir in der Eiszeit.» Das sagt Peter Bebi. Er leitet das Forschungszentrum Cerc in Davos, welches Klimawandel, Extremereignisse und Naturgefahren im alpinen Raum untersucht. Fünf Grad mehr? Schneesport-Tourismus wäre so kaum noch wirtschaftlich zu betreiben, sagt der Experte. Lohnen würde sich hingegen eine Investition in den Sommer- oder Ganzjahrestourismus. (gmd) **REGION SEITE 3**

Beschnittene BVG-Reform

Der Nationalrat hat die BVG-Reform fertig beraten und gleichzeitig das Kernelement des Sozialpartner-Kompromisses aus der Reform herausgebrochen. Die grosse Kammer will zur Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent lediglich gezielt einer Übergangsgeneration von nur 15 Jahrgängen einen Rentenzuschlag auszahlen. Der Kompromiss sieht jedoch einen Zuschlag für alle Versicherten vor. Dagegen stimmten die Fraktionen der Grünen und der SP, die sich ohne Erfolg für den Kompromiss der Sozialpartner von 2019 starkmachten. Auch der Bundesrat trat für die ursprüngliche Lösung ein. Die Vorlage geht nun in den Ständerat. (sda) **NACHRICHTEN SEITE 16**

Scholz ist da, Merkel ist weg

Der Sozialdemokrat Olaf Scholz ist neuer deutscher Bundeskanzler. Er wurde am Mittwoch zum Nachfolger von Angela Merkel (CDU) gewählt, die nach vier Amtszeiten auf eine erneute Kandidatur bei der Bundestagswahl verzichtet hatte und sich aus der aktiven Politik zurückzieht. Der 63-jährige bisherige Finanzminister und Vizekanzler Scholz ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik – nach Willy Brandt (1969–1974), Helmut Schmidt (1974–1982) und Gerhard Schröder (1998–2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt 16 Jahre lang Bundeskanzlerin Merkel. (sda) **NACHRICHTEN SEITE 17**

Die Zeichen stehen auf erneute Verschärfung

Im Bündner Parlament hat die Regierung durchblicken lassen, dass eine weitere Verschärfung der Coronamassnahmen ansteht – auch auf kantonaler Ebene.

von Patrick Kuoni

Rund ein Drittel der Coronafälle im Kanton Graubünden betreffen seit Mitte Oktober die Altersgruppe von 0 bis 19 Jahren», erklärte der Bündner Bildungsdirektor Jon Domenic Parolini am Mittwoch im Grossen Rat. «Eine Ausweitung der Maskenpflicht an den Schulen auf den ganzen Kanton ist deshalb sehr wahrscheinlich», so Parolini. Bisher gilt nur in den Regionen mit besonders vielen Fällen an Schulen eine Maskenpflicht ab der dritten Klasse.

Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff hielt ausserdem fest, dass auch auf nationaler Ebene die Zeichen auf eine Massnahmenverschärfung stehen würden. Auch im Bündner Parla-

«Eine verpflichtende Ausweitung der 2-G-Regelung kommt für mich nur als Ultima Ratio infrage.»

Marcus Caduff
 Volkswirtschaftsdirektor

ment selbst kam die Forderung danach auf. «Der Kanton soll sich jetzt in Bern für stärkere Massnahmen einsetzen», sagte Mitte-Grossrat Franz Sepp Caluori.

Die 2-G-Regel (Zutritt nur für Geimpfte und Genesene) müsse nun dringend auf Bereiche wie etwa die Gastronomie, Hotels und Kinos ausgeweitet werden. «Nur so können Schliessungen über die Festtage verhindert werden.»

Damit erntete der Präsident von Gastrograubünden im Rat sowohl einige Zustimmung als auch deutlicher Widerspruch. Regierungsrat Caduff sagte dazu: «Eine verpflichtende Ausweitung der 2-G-Regelung kommt für mich nur als Ultima Ratio infrage, sie ist aber besser als eine Schliessung von Betrieben.» **REGION SEITE 5**



Blumen für den Aussenminister

Tessiner Bundespräsident: Ignazio Cassis repräsentiert im kommenden Jahr die Schweiz als Bundespräsident – zum ersten Mal in seiner Karriere. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den FDP-Politiker am Mittwoch gewählt. **NACHRICHTEN SEITE 15**

SPORT

Mit neuem Pferd zur Titelverteidigung: Martin Fuchs will auf dem neunjährigen Wallach «Leone Jei» am CSI Genf um den Sieg reiten. **SEITE 19**



NACHRICHTEN

Zahlen steigen weiter: Der Bund meldet bereits über 12 000 tägliche Infektionen mit dem Coronavirus. Die Kantone reagieren mit weiteren Massnahmen. **SEITE 16**

NACHRICHTEN

Teufelsaustreiber gefragt wie noch nie: Während der Pandemie nimmt im katholischen Italien die Nachfrage nach Exorzisten zu. **SEITE 18**

Wetter heute

Nord- und Mittelbünden



0°/2°
 Seite 23

Inhalt

Region	3	Nachrichten	15
Todesanzeigen	11	Sport	19
Forum	12	Sport Region	21
Kultur Region	13	TV-Programm	22
Mobilität	14	Wetter / Börse	23

Zentralredaktion Sommeraustasse 32, Postfach, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch
Kundenservice/Abo Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 58 58, E-Mail: chur.promotion@somedia.ch



Adventskalender auf Social Media

Jeden Tag ein Gewinn!
 Mitmachen lohnt sich.

Bahnhofstrasse 8
 7000 Chur
 Tel. 081 254 12 40
 chur@buchhaus.ch

Bücher LUTHY

Lehrstellencheck.ch

Das neue Lehrstellenportal der Südostschweiz

Forderung nach Ausweitung von 2G spaltet den Rat

Der Grosse Rat hat kontrovers die Frage diskutiert, ob Nichtgeimpften der Zugang zu weiteren Freizeiteinrichtungen verboten werden soll. Besprochen wurde auch eine mögliche Triage in Spitälern.

von Patrick Kuoni

Am Mittwochmorgen stand im Parlament, fast traditionsgemäss in diesem Jahr, eine Debatte zum Thema Corona auf dem Programm. Die Diskussion nahm schnell Fahrt auf. Der Churer Mitte-Grossrat und Gastro-Graubünden-Präsident Franz Sepp Caluori richtete sich mit einer Bitte an die Regierung: «Der Kanton soll sich in Bern für stärkere Massnahmen einsetzen.» Die 2-G-Regel (Zutritt nur für Geimpfte und Genesene) müsse nun dringend auf Bereiche wie etwa die Gastronomie, Hotels und Kinos ausgeweitet werden. «Notfalls soll der Kanton nicht auf den Bund warten und selbst Massnahmen erlassen. Nur so können Schliessungen über die Festtage verhindert werden.»

Mit dieser klaren Forderung eröffnete Caluori eine engagierte Debatte. Unterstützung erhielt der Mitte-Vertreter von der SP. «Wir müssen alles tun, um den Shutdown zu verhindern», erklärte auch deren Fraktionschef Lukas Horrer. Der Bund habe wie im letzten Herbst mit den Verschärfungen zwei Monate zu lange gewartet und dann Massnahmen ergriffen, die «vielleicht vor zwei Monaten genügt hätten». Horrer hielt ausserdem fest: «Mit Blick auf die Zukunft ist die SP bereit, auch über eine Impfpflicht eine offene Debatte zu führen, aktuell unterstützen wir diese nicht, aber trotzdem muss diese Diskussion geführt werden.»

Widerstand von rechts

Mehrere Grossräte sprachen sich aber klar gegen eine Ausweitung der 2-G-Pflicht aus. So erklärte SVP-Grossrat Jan Koch: «Ich bin erstaunt ob der Forderung des Gastro-Präsidenten, denn die Gastronomie ist eine der Branchen, die mit einem Personalmangel zu kämpfen hat. Und 2G müsste ja auch für das Personal gelten, was dieses Problem verschärfen würde.» Mi-



Klare Forderung: Mitte-Grossrat Franz Sepp Caluori (rechts, hier im Gespräch mit Parteikollegen) spricht sich für eine Ausweitung der 2-G-Regel aus.

Bild Olivia Aepli-Item

chael Pfäffli (FDP, Oberengadin) ergänzte: «Mit einer Ausweitung der 2-G-Regelung radikalisiert sich der ungeimpfte Viertel der Gesellschaft und dieser entzieht sich dann jeglicher Kontrolle. Heute lassen sich Impfwillige zumindest ab und zu testen.»

Eine erneute Schliessung der Betriebe will auch Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff unbedingt vermeiden: «Die engagierte Diskussion hier im Rat zeigt schon, dass das Abwägen des richtigen Wegs enorm schwierig ist.» Eine verpflichtende Ausweitung der 2-G-Regelung kommt für Caduff jedoch nur als Ultima Ratio infrage – vor der Schliessung. Bei einem allfälligen 2G am Arbeitsplatz müsse eine pragmatische Lösung angestrebt werden. «Konkret würde dann wohl wo möglich Homeoffice angeordnet, und in Bereichen, wo das nicht geht, wür-

de eine Maskenpflicht für Nichtgeimpfte oder Genesene gelten.»

Uneinigkeit in Parteien

Debattiert wurde auch über eine mögliche Triage in den Spitälern, die je nach weiterem Pandemieverlauf droht. Klartext sprach Rudolf Kunz (FDP, Chur) diesbezüglich: «Jeder soll für sich entscheiden können, ob eine Covid-Impfung sinnvoll ist. Wer dann aber zum Schluss kommt, dass er oder sie diese Impfung nicht will, der soll auch so konsequent sein und dann im Fall einer schweren Erkrankung nicht einen Intensivpflegeplatz beanspruchen, der dann anderen fehlt.» Anders sah dies Parteikollegin Anna-Margreth Holzinger-Loretz (Schiers): «Wir dürfen uns nicht herausnehmen, darüber zu entscheiden, wer behandelt werden soll und wer nicht.» An diese

Meinung knüpfte auch Gesundheitsdirektor Peter Peyer an. «Auch Extremsportlerinnen und Raucher gehen ein höheres Risiko ein, im Spital zu landen, deshalb bin ich anderer Meinung als Grossrat Kunz.» Und: «Genau darum gilt es, die Coronawelle flach zu halten, damit es gar nicht zu solchen Triagen kommen muss in Graubünden.» Trotzdem müsse aber eine Triageplanung gemacht werden, dabei würden aber verschiedene Faktoren betrachtet.

Mit ihrer Meinung im Rat alleine stand Grossratsstellverteterin Myriam Fasani (parteilos, Misox) da, die den Nutzen der Impfung in der Pandemiebekämpfung infrage stellte. Peyer antwortete auf die Ausführungen von Fasani: «Die Wissenschaft ist sich einig, dass Impfen aktuell der beste Weg aus der Krise ist.»

Testkapazität verdoppelt sich bald

Die Bündner Regierung hat den Grossen Rat über die aktuelle Covidlage im Kanton informiert. Ein Update gab es unter anderem zum Impfen und Testen und zur Hilfe für die Bündner Wirtschaft.

von Patrick Kuoni

Der Bündner Regierungspräsident Mario Cavigelli hielt am Mittwoch im Parlament fest: «Wir müssen nun gemeinsam Verantwortung übernehmen. Nur, wenn alle ihren Beitrag leisten, kommen wir sicher durch den Winter.»

Erstimpfungen steigen wieder

Daran knüpfte Gesundheitsdirektor Peter Peyer an, indem er wieder einmal dazu aufrief, sich impfen zu lassen. «Letzte Woche wurden 626 Erstimpfungen durchgeführt, das bedeutet, es lassen sich wieder mehr Leute impfen, auch wenn wir natürlich nicht bei den Höchstwerten vom Frühling sind.» Auch bei den Boosterimpfungen gehe es voran. «Bisher haben rund die Hälfte der Personen über 65 eine Auffrischungsimpfung erhalten.» Bis Ende Jahr sollen gemäss Peyer alle über 65-Jährigen, die

wollen, ihre Auffrischungsimpfung erhalten haben. Für die Durchführung der Impfung seien auch neue Walk-in-Möglichkeiten etwa in Thusis oder Davos geplant, da man festgestellt habe,

«dass die Nachfrage nach spontanem Impfen höher ist als mit Termin.»

Wichtig bleibe auch das Testen, betonte Peyer. Hier hatte der Kanton allerdings einen Engpass kommuniziert (Ausgabe vom 30. November). Beim Testen werde sich die Situation aber bald verbessern: «Das Labor, mit dem wir zusammenarbeiten, wird eine neue Teststrasse in Betrieb nehmen, sodass sich die Testkapazität voraussichtlich ab dem 13. Dezember verdoppelt.»

Hilfe für gebeutelte Grossbetriebe

Über Neuigkeiten für die Bündner Wirtschaft im Zusammenhang mit Corona informierte Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff. Insbesondere schlüsselte er auf, wie der Kanton die 16,2 Millionen Franken verteilen will, die er aus der Bundesratsreserve erhalten hat. Diese ist für besonders gebeutelte Unternehmen vorgesehen. «Das müssen gemäss Vorgaben des

Bundes Betriebe sein, welche die vorhandenen Unterstützungsmassnahmen ausgeschöpft und eine grosse Relevanz für den Kanton haben.» In Graubünden treffe dies sicher auf die Tourismusbranche zu. «Das heisst Gastronomie, Hotellerie und Bergbahnen und gewisse Sportunternehmen.» Die Reserve werde für Unternehmen verwendet, deren durchschnittlicher Jahresumsatz aus den Vorjahren über fünf Millionen Franken betrage. «Das sind grundsätzlich die grösseren Unternehmen, an denen ein gewichtiges kantonales Interesse besteht.»

Finanzdirektor Christian Rathgeb informierte ausserdem den Rat darüber, dass die zusätzlichen Corona-Ausgaben im laufenden Jahr bislang 104 Millionen Franken betragen. Der Kanton werde dieses Jahr deshalb voraussichtlich rote Zahlen schreiben. Erfreulich sei aber, dass keine Gemeinde bisher aufgrund von Corona den Steuerfuss habe erhöhen müssen.



«Es müssen Betriebe sein, die eine grosse Relevanz für den Kanton haben.»

Marcus Caduff
Volkswirtschaftsdirektor

Regierung ist gegen Prämie für Abbruch

Der Alvascheiner Mitte-Grossrat Reto Crameri hat in der Fragestunde drei Fragen zu Bauten ausserhalb der Bauzone (BAB) gestellt. Der Hintergrund dafür ist, dass auf nationaler Ebene eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes im Gange ist. Im Gesetzesentwurf wird jedoch insbesondere ein sogenannter Kompensationsatz kritisiert. Das heisst, wenn ein Stall umgebaut respektive umgenutzt wird, müsste dafür ein anderes Gebäude aus der Landschaft entfernt werden. Grossrat Crameri wollte deshalb von der Regierung wissen, wie sie diesen Ansatz beurteilt. Der zuständige Regierungsrat Marcus Caduff machte in seiner Antwort klar, dass er diesen Ansatz ablehne, da er zu einschränkend sei. Zudem äusserte sich Caduff ablehnend zu einer sogenannten Abbruchprämie. Diese Prämie müssten die Kantone an Eigentümerinnen und Eigentümer ausrichten, welche ein Gebäude ausserhalb der Bauzone abbrechen.

Crameri fragte im Weiteren, ob das Tessiner Modell für Graubünden tauglich sei. Der Kanton Tessin legt im kantonalen Richtplan Bauten fest, die landschaftsprägend und deshalb geschützt sind. Gemäss Regierungsrat Caduff ist dies jedoch kein Erfolg versprechender Weg, da das Bundesamt für Raumplanung gegen dieses Modell Beschwerde erhoben hat. (us)

Gebühren überprüfen

Zwei Fragen zu den Gebühren des Strassenverkehrsamtes stellte der Churer Mitte-Grossrat Tino Schneider in der Fragestunde. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat nämlich abermals festgestellt, dass das Bündner Strassenverkehrsamt zu hohe Gebühren verlangt. Vor drei Jahren hatte die Regierung laut Schneider gesagt, dass auch andere Kantone den Bundesempfehlungen nicht gefolgt seien und die Tarife beibehalten hätten. Schneider wollte wissen, ob die Regierung jetzt bereit sei, eine Gebührensensenkung in Angriff zu nehmen, und ob es stimme, dass die Gebühren gemessen an den Kosten 143 Prozent betragen. Der zuständige Regierungsrat Peter Peyer führte aus, dass ein Indexwert über 100 Prozent nicht zwingend bedeute, dass zu viel verlangt werde. Die Regierung sei jedoch bereit, eine Gebührensensenkung zu prüfen. Spürbar wäre diese laut Peyer für die Bevölkerung kaum: Da mache sie 9 bis 13 Franken aus. Das Strassenverkehrsamt hingegen würde dadurch zwei bis drei Millionen Franken weniger einnehmen. (us)

Der Grosse Rat

Im Fokus

Gestern hat der Grosse Rat:

- Die Fragestunde bestritten mit insgesamt sechs Fragen;
- einen Covid-Block abgehalten, dabei hat die Regierung über die Coronasituation informiert, Fragen zu Covid-19 beantwortet und es gab eine allgemeine Debatte;
- diverse parlamentarische Vorstösse behandelt;
- die Dezembersession beendet.